

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
 überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
 fraktion-buergerliste@versanet-online.de
 www.buergerliste.de

21.11
 21.11

1) An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

2) OM (WBA/19/11) H. 13/3

Bitte setzen Sie nachfolgenden dreiteiligen Antrag auf die Tagesordnung des Finanzausschusses sowie die des Rates:

a.) Auf dem Hintergrund der Schadensersatzforderung der Firma Rossmann gegen die Stadt in zweifacher Millionenhöhe - von bis zu 30 Millionen ist in Rede - nimmt die Stadt in den Haushalten 2012 ff jährliche Rückstellungen in Höhe von 5 Millionen Euro vor, um notfalls eventuelle gerichtlich verordnete Regresszahlungen, die die Versicherung der Stadt wahrscheinlich nicht übernimmt - Siehe Begründung unten und Akteneinsichtsbericht von E.T. Schoofs ! -, an die Firma Rossmann leisten zu können.

b.) Auch für das Umsatzsteuerproblem der WfL - siehe Anlage ! - werden ab 2012 drei Jahre lang entsprechende Rücklagen - 220.000 Euro pro Jahr - im städtischen Haushalt gebildet.

c.) Durch die nach unseren Informationen von JAMAICA plus beabsichtigte **A b o r d n u n g** von Herrn Baudezernenten Mues an die WGL, die dessen Altersbezüge nach Beamtenrecht durch die Stadt sichern soll, werden auch hier Rückstellungen der Stadt nötig, die in den nächsten Haushalten ab 2012 entsprechend weitergeführt und im jährlichen Haushalt der Stadt auf einer separaten Position ausgewiesen werden.

d.) Alle drei Vorgänge werden umgehend der Bezirksregierung umfassend zur Kenntnis gebracht und zur Genehmigung vorgelegt.

Begründung:

a.) Durch Akteneinsicht und Informationen von Beteiligten war der BÜRGERLISTE klar, dass es zu berechtigten Regressforderungen der Firma Rossmann kommen würde, was sie in den Ratsgremien auch artikulierte. Unseres Erachtens

war die Klage von Rossmann allein schon dadurch zu erwarten, dass sie sich nur deshalb in Leverkusen ansiedelte, weil Sie nach Aktenlage klar davon ausgehen konnte, dass sie sich hier mit ihrem ganzen Sortiment - auch den Wasch- und Putzmitteln, deren Lagerung später verweigert bzw. mit erheblichen Auflagen verbunden wurde - ohne weitere als die bereits vertraglich vereinbarten Auflagen ansiedeln konnte.

Wasch- und Putzmittel, die unseres Erachtens von Anfang an gut erkennbarer Bestandteil des Genehmigungsverfahrens waren.

Die Auflistung des gesamten Sortimentes lag nach unserer Meinung sowohl den von uns eingesehenen Akten des Umwelt- als auch den Akten des Bau- und Planungsamtes empfangsquittiert rechtzeitig bei.

Zudem ist dieses Sortiment jedem Normalbürger bekannt. Hier jetzt möglicherweise so zu tun, als habe man von den Wasch- und Putzmitteln bei den Vertragsverhandlungen nichts gewusst, wäre geradezu lächerlich.

Nach der baulichen Fertigstellung des Verteilzentrums noch ein gravierendes Teilverbot auszusprechen bzw. Nachbesserungen - Brunnenbohrungen und Garantie auf zeitlich unbegrenzten Brunnenbetrieb - zum Schutz des Grundwassers zu verlangen, hat unsere Fraktion direkt nach der Akteneinsicht als unzulässig und regressverdächtig eingestuft. Siehe unsere Anträge und unser Abstimmungsverhalten in den Ratsgremien hierzu sowie den Bericht von E.T. Schoofs zu seiner Akteneinsicht!

Auch der abstruse Hinweis der Stadtverwaltung, es habe vom Umweltamt noch keine Genehmigung vorgelegen, und deshalb habe Rossmann quasi auf eigene Gefahr gebaut, ist auf dem Hintergrund, dass die Gebäude und Anlagen beim Einspruch der Verwaltung fertig waren, und während des Baus tagtäglich Mitglieder der Umweltverwaltung zur Rossmann-Ansiedlung Gespräche - auch vor Ort - führten, unseres Erachtens geradezu lächerlich.

b.) Wie man der Anlage und Entscheidungen von betroffenen Finanzämtern mit entsprechender Problemlage entnehmen kann, stehen uns bei der WfL jährliche Umsatzsteuerzahlungen sowie Nachzahlungen von 2006 bis 2011 in beträchtlicher Höhe ins Haus, da die WfL, eine fast hundertprozentige Tochter der Stadt, selbst diese Zahlungen kaum leisten kann.

Deshalb sollte auch hier die Stadt ab 2012 in ihren Haushalten entsprechende Rückstellungen ausweisen.

c.) Das äußerst peinliche Hin- und Her von JAMAICA plus - speziell von OB Buchhorn und seiner Souffleuse Frau Arnold/GRÜNE -, um Herrn Mues/CDU loszuwerden und mit dem Geschäftsführerposten der WGL zu „versorgen“, hat mit der Überlegung, Herrn Mues „auf Zeit“ an die WGL als Geschäftsführer auszuleihen, nach unseren Informationen eine weitere tolldreiste Überlegung geboren, die es bei ihrer Verwirklichung notwendig macht, dass die Stadt für

die Altersversorgung von Herrn Mues entsprechende Rückstellungen bilden muss. Diese sollten dann auf gesonderter Position des städtischen Haushaltes erfolgen, um die erforderliche Transparenz zu einer solchen „Vetternwirtschaft“ mit „Selbstbedienungsanspruch“ zu gewährleisten.

Karl Schweiger

Stefan Manglitz

Leverkusen, den 13.9.2011


i. A. (Erhard T. Schoofs)